

Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 27 Abs. 1 S. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. V. m. § 74 Abs. 5 Satz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) über die Erteilung eines Planfeststellungsbeschlusses

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat der Stadt Velbert mit Datum vom 19.11.2025 unter dem Aktenzeichen 52.05-00-PS-Z-43-87 den Planfeststellungsbeschluss für die wesentliche Änderung der Deponie Plöger Steinbruch in Velbert durch die Errichtung und den Betrieb des DK I-Deponieabschnitts Erweiterung Nordwest erteilt.

Da es sich um ein UVP-pflichtiges Vorhaben handelt, ist gemäß § 27 Abs. 1 S. 1 UVPG die Entscheidung über das Vorhaben öffentlich bekannt zu machen.

Der verfügende Teil des Planfeststellungsbeschlusses lautet:

I. Feststellung des Plans

1.

Auf den Antrag der Stadt Velbert (nachfolgend „Vorhabenträgerin“ genannt) vom 01.03.2022, zuletzt ergänzt durch das Deckblatt vom 27.02.2024, wird gemäß § 35 Abs. 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) unter teilweiser Abänderung meiner Planfeststellungsbeschlüsse vom 29.07.1982 (Az.: 54.30.11-15/81) und 29.03.2010 (Az.: 52.05-PS-Z-43) sowie den hierzu ergangenen Änderungsentscheidungen, zuletzt der vom 08.01.2025 (Az.: 52.05-00-PS-Z-43-87), der Plan für die wesentliche Änderung der Deponie Plöger Steinbruch in Velbert durch die Errichtung und den Betrieb des DK I-Deponieabschnitts Erweiterung Nordwest auf den Grundstücken der Gemeinde Velbert, Gemarkung Velbert, Flur 53,

Flurstücke 1135, 1159, 1696, 1990, 2174, 2259, 2260, 2394, 2398, 2399 und

Flurstücke 2111, 2113, 2246, 2332

nach Maßgabe der in Teil 2: I. aufgeführten planfestgestellten Antragsunterlagen und den in Teil 2: II. festgelegten Nebenbestimmungen festgestellt.

2.

Der Plan umfasst alle weiteren Maßnahmen, die mit der Errichtung und dem Betrieb der Erweiterung Nordwest der Deponie Plöger Steinbruch, im direkten Zusammenhang stehen. Das Ablagerungsvolumen der Deponieerweiterung beträgt maximal 2,3 Mio. m³ (ca. 4 Mio. Mg), bei einer jährlichen Abfallablagerungsmenge von 150.000 Mg (ca. 88.235 m³).

3.

Neben der Planfeststellung sind mit Ausnahme der unter Teil 4 erteilten wasserrechtlichen Erlaubnisse für das Vorhaben andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich.

Diese Planfeststellung schließt andere, das Vorhaben betreffende behördliche Entscheidungen ein, wie

- die Entscheidung über den Eingriff in Natur und Landschaft gemäß § 17 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG),
- die Genehmigung der dauerhaften Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart nach § 39 Landesforstgesetz und
- die Genehmigung nach § 58 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zur Indirekteinleitung des Sickerwassers der Deponie in den öffentlichen Kanal.

4.

Von den Verboten des Landschaftsplans des Kreises Mettmann wird für das betroffene Landschaftsschutzgebiet C 2.3-8 „Hefel/Nordpark“ gem. § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, Befreiung gewährt, soweit das Gebiet von der Baumaßnahme berührt wird.

II. Entscheidung über Einwendungen/Verfahrensanträge

Die Einwendungen, Anträge und Stellungnahmen gegen die Planfeststellung des Vorhabens selbst werden zurückgewiesen, soweit ihnen nicht durch Nebenbestimmungen Rechnung getragen wurde oder soweit sie sich nicht im Laufe des Planfeststellungsverfahrens auf andere Weise erledigt haben.

III. Kosten

Die Vorhabenträgerin hat die Kosten (Gebühren und Auslagen) des Verfahrens zu tragen.

Der Planfeststellungsbeschluss ist mit Auflagen und Nebenbestimmungen verbunden (hier nicht abgedruckt).

Die Rechtsbehelfsbelehrung lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss sowie gegen die wasserrechtlichen Erlaubnisse kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage bei dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster, erhoben werden.

Der Planfeststellungsbeschluss und der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen) liegen in der Zeit vom 28.11.2025 bis einschließlich 11.12.2025 bei der Stadt Velbert im Rathaus, Gebäude Thomasstr. 7, Abteilung 3.1 Bauleitplanung (Planungsamt), Etage 0, 42551 Velbert während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert, und zwar

- | | |
|-------------------------|--------------------|
| – Montag | 8.00 bis 16.00 Uhr |
| – Dienstag und Mittwoch | 8.00 bis 15.00 Uhr |
| – Donnerstag | 8.00 bis 18.00 Uhr |
| – Freitag | 8.00 bis 12.00 Uhr |

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Der Bekanntmachungstext, der Planfeststellungsbeschluss und die Planunterlagen können innerhalb des o. g. Auslegungszeitraums auch auf der Internetseite der

Bezirksregierung Düsseldorf (www.brd.nrw.de) unter der Rubrik „Services“ -> „Offenlagen“ eingesehen werden. Maßgeblich ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen. Während des Auslegungszeitraums und der sich anschließenden Rechtsbehelfsfrist können der Bekanntmachungstext, der Planfeststellungsbeschluss und die nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu veröffentlichenden Planunterlagen auch über das UVP-Portal (www.uvp-verbund.de), eingesehen werden. (Suchbegriff: Plöger Steinbruch)

Der Planfeststellungsbeschluss wird der Vorhabenträgerin, denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist und den Vereinigungen, über deren Stellungnahmen entschieden worden ist, zugestellt. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss den übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt.

Im Auftrag

gez. Claudia Renn